



Antrag

der Abgeordneten **Martin Güll, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen, Markus Rinderspacher, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Susann Biedefeld SPD**

Stabsstelle zu Servicestelle ausbauen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Stabsstelle „Flüchtlingsintegration im Bildungsbereich“ im Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst zu einer „Servicestelle für Schulleitungen“ mit einer direkten Telefonhotline auszubauen, damit die vom Landtag im Nachtragshaushalt 2016 zur Verfügung gestellten Finanzmittel schneller an den Schulen ankommen.

Hauptaufgabe dieser Servicestelle ist, einen regionalen Personalpool aus Lehrkräften, pädagogischen Ergänzungskräften und Fachkräften wie Trauma-Experten, Kriseninterventionsfachleuten etc. aufzubauen und bedarfsgerecht an die Schulen zu vermitteln.

Begründung:

Viele Schulleiterinnen und Schulleiter beklagen sich immer häufiger, dass notwendige zusätzliche Übergangsklassen, Deutschförderkurse und pädagogische Zusatzmaßnahmen nicht realisiert werden können, weil das nötige Personal fehlt oder nicht zeitnah an den Schulen bereitgestellt werden kann. Offensichtlich verfügen weder die Staatlichen Schulämter noch die Schulabteilungen der Bezirksregierungen über die notwendigen Personalressourcen, um den zusätzlichen Verwaltungsaufwand für die personelle Umsetzung der finanziellen Mittel schultern zu können. Auch die „Ein-Mann-Stabsstelle“ Flüchtlingsintegration im Bildungsbereich (SF) im Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst ist mit dieser Aufgabe überfordert. Die Erweiterung dieser Stabsstelle zu einer Servicestelle in Verbindung mit einer ständig besetzten Telefonhotline unterstützt die Schulleitungen effizient und sorgt für Entlastungen an den Schulen.